bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 17 | 17. August 2007

Rechte Szene 2

Hehre Bekenntnisse
Offiziell geht die Frey-Partei auf Abstand zu Neonazis – in Dortmund hat die DVU keine Berührungsängste zur braunen Szene.

Logistischer Testlauf
Die NPD bereitet sich auf die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im übernächsten Jahr vor – der Wahlkampf in Aldenhoven war von Bedrohungen und Strafanzeigen geprägt.

Illustrer Kandidat
Rigolf Henning ist für die NPD „ein Mann aus der Mitte des Volkes“.

Funktionierendes Netzwerk
Rechtsextreme Drohungen hinter Gittern.

Hintergrund 5

Fremdenfeindliche Demagogen
Die ideologischen Grundlagen rechtsextremer Globalisierungs- und Kapitalismuskritik.

Grauzone 6

„Wahre Hintergründe“
Secret TV – ein neues Internet-Angebot für die Freunde brauner Esoterik.

Caberta gegen Cruise
Der Hamburger Innensenator Udo Nagel fordert Verbot von Scientology – Anlass war die Vorstellung des „Schwarzbuchs Scientology“ von Expertin Ursula Caberta.

Seitenblick 8

Blick hinter die Kulissen
Der kürzlich verstorbene Raul Hilberg gilt als „Vater der Holocaust-Forschung“.

Antisemitismus 9

Chronik des Hasses
Der „blick nach rechts“ dokumentiert antisemitische Vorfälle im ersten Halbjahr 2007.

Meldungen 12

Rechte Szene

Hehre Bekenntnisse

Offiziell geht die Frey-Partei auf Abstand zu Neonazis – in Dortmund hat die DVU keine Berührungsängste zur braunen Szene.

Das Prozedere war gewohnt konspirativ. Aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens wurden die DVU-Mitglieder am 5. August per Bus nach Dortmund zum Landesparteitag gekarrt. Genauer Ort und Uhrzeit wurden nicht verraten. Solche DVU-Treffen pflegen überraschungsarm vonstattenzugehen. So auch jenes in Dortmund. Von „kameradschaftlicher Geschlossenheit und Harmonie" und von „Beifallsstürmen" für den Parteipatriarchen Gerhard Frey berichtete die DVU nachher. Ein Gast von der NPD notierte: „In gewohnter Einmütigkeit folgte man den Empfehlungen des Bundesvorsitzenden, Dr. Gerhard Frey, und wählte mit überwältigender Mehrheit den Dortmunder Ratsherren Max Branghofer zum neuen Landesvorsitzenden."

Dass die DVU-Mitglieder den 62-Jährigen in seinem Amt bestätigen würden, war zu erwarten. Branghofer ist Vorsitzender der DVU-Fraktion im Dortmunder Stadtrat und Beisitzer im Bundesvorstand. Nach dem Austritt des Bremer Bürgerschaftsabgeordneten Siegfried Tittmann und nach dem Zerfall der Ratsfraktion in Bremerhaven ist Dortmund die letzte „Bastion" der Partei im Westen der Republik. Mit 2,0 Prozent der Stimmen waren 1999 zwei DVUler in den Rat eingezogen, 2004 konnte sie ihr Wahlergebnis auf 3,1 Prozent und drei Stadträte verbessern.

Während andernorts Frey darauf achtet, dass sich seine Basis optisch nicht zu sehr mit der Rechtsaußenkonkurrenz von der NPD verbrüdert, fällt in Dortmund deren Nähe auf. Eine Reihe von Infoständen führten die Kreisverbände beider Parteien seit dem vorigen Herbst gemeinsam durch – unter den Sonnenschirmen der NPD die Stellschilder der DVU, und auch NPD-Landeschef Stephan Haase war einmal mit von der Partie. Erleichtert wird die Zusammenarbeit dadurch, dass es auch auf lokaler Ebene offenbar eine Absprache zu geben scheint – anders als etwa in Brandenburg, wo die NPD sich im DVU-„Stammland" bemüht, kommunalpolitisch eine Alternative zur Frey-Truppe aufzubauen. Im März deutete Dortmunds NPD jedenfalls die Aufgabenteilung an: „Kommunalwahl 2009, Bundestagswahl 2009 – DVU für Dortmund und NPD für Deutschland wählen!!!" Den Kontakt mit parteilosen Neonazis scheint die Dortmunder DVU, deren Bundesverband offiziell ein „Nein zu Nazismus und Neonazismus" postuliert, nicht zu scheuen. Zum Beispiel bei Gedenkfeiern um den 8. Mai herum, als Mitglieder von NPD, DVU und „Parteifreie" Kränze niederlegten. Der NPD-Kreisverband Unna/Hamm lobt das „gemeinsame Agieren von NPD, DVU und freien Kameraden" in der Region: „Es wäre prima, wenn das bundesweit so gut liefe wie in unserer Gegend."

Dortmund zeigt, was die hehren Bekenntnisse der DVU zur Demokratie wirklich wert sind. Die Ratsfraktion solidarisiert sich unterschwellig immer wieder mit Neonazis. Freys Aufforderung: „Wir müssen einen größtmöglichen Abstand zum Nazismus und Neonazismus halten", zählt da wenig. Zum Beispiel nach der rechtsextremen 1.-Mai-Demonstration in Dortmund: Bei der DVU wird der durch und durch neonazistische Aufmarsch in einer Ratsanfrage verharmlosend zur „nationalen Demonstration". Sogar die Veranstalter aus dem Spektrum der „autonomen" Neonazis werden zu offenbar solidaritätsbedürftigen „nationalen Gruppen". Sich der kommunalpolitischen Unterstützung der DVU-Fraktion gewiss sein konnten auch die Betreiber des Neonaziladens „Donnerschlag", dessen „Vertreibung" aus Dortmund die DVU wortreich beklagte. Auch das passt eigentlich nicht recht zu den öffentlichen Erklärungen der Bundes-DVU. Die distanziert sich vom Angebot solcher Läden, von „Skinhead- und angeblicher 'Rechtsrock'-Musik": „Die Produzenten und Vertreiber derartiger Machwerke machen sich mitschuldig an blutiger Gewalt, stellen ein Milieu her, in dem diese mystifiziert wird." Und auch, dass einer Dortmunder Realschule der Titel „Schule ohne Rassismus" verliehen wurde, stieß der DVU-Fraktion sauer auf. Dass die Bundespartei verbal ein „Nein zu Ausländerhass!" proklamiert, muss die örtlichen DVUler nicht stören. „Nein zu Ausländerhass", das sind Sonntagsreden. Reale DVU-Politik sieht anders aus. Nach dem Abgang von Tittmann ist einer von Freys Vize-Posten frei. Einer wie Branghofer, der weiß, dass parteioffizielle Demokratiebekenntnisse einen Funktionär nicht von rechtsextremer Politik abhalten müssen, böte sich dafür an.

Tomas Sager

Logistischer Testlauf

Die NPD bereitet sich auf die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im übernächsten Jahr vor – der Wahlkampf in Aldenhoven war von Bedrohungen und Strafanzeigen geprägt.

Bei der Bürgermeisterwahl in Aldenhoven hat der Dürener NPD-Kreisvorsitzende Ingo Haller am 12. August mit 196 Stimmen 3,2 Prozent der Wählerstimmen erhalten. Die Wahlbeteiligung lag bei 59 Prozent, wahlberechtigt waren rund 10 600 Menschen. Für einen Eklat sorgte die NPD, da Haller aus Misstrauen gegenüber der Stimmauszählung rund 25 Rechtsextremisten und Neonazis – jeweils zwei bis drei – in die 14 Wahllokale abkommandiert hatte, um die Stimmauszählung zu kontrollieren. Die NPD hatte befürchtet, dass ihr zustehende Stimmen nicht gezählt werden könnten, so die Begründung.

Die außerplanmäßige Wahl eines Bürgermeisters war notwendig geworden, da der ehemalige Behördenchef den Ruhestand angetreten hatte. Die NPD sah die Teilnahme als logistischen Testlauf für die regulären Kommunalwahlen 2009. Derzeit ist der erst im Januar 2007 gegründete Dürener Kreisverband einer der stärksten und aktivsten in Nordrhein-Westfalen und will 2009 zahlreiche Mandate in den Städten, Gemeinden und im Kreistag erringen. Nach der Wahl erklärte der 35-Jährige sein Wahlergebnis zum Erfolg, da man in Aldenhoven die bei den letzten Wahlen errungenen Stimmen nun „mehr als verdoppeln“ konnte.

Überschattet war die Wahl nicht nur von der NPD-Kontrollaktion bei der Stimmauszählung. Der Wahlkampf war durch Bedrohungen und Strafanzeigen geprägt. So hatte Hallers Kölner Szeneanwalt Jochen Lober, Autor für die mittlerweile eingestellte rechtsextreme Zeitschrift „Staatsbriefe“ und ehemaliger Strafverteidiger des wegen Volksverhetzung derzeit inhaftierten Führungskaders des „Kampfbunds Deutscher Sozialisten“ (KDS), Axel Reitz, den Kandidaten der SPD wegen Beleidigung angezeigt. Sozialdemokrat Raoul Pöhler hatte die NPD-Leute zuvor „braune Rattenfänger“ genannt.

Zugleich wurden Ende Juni, Anfang Juli anonyme Drohungen gegen Pöhler per Telefon geäußert, wonach er den 12. August „auf der Intensivstation erleben“ werde. Denn: „Wir sind die besseren Deutschen!“ Auf seiner Terrasse fand der Sozialdemokrat tote Ratten und einmal wurde er in der Nacht von Unbekannten via PKW in wildem Fahrstil verfolgt. CDU-Fraktionschef Reinhard Paffen hatte die Bürger schon Mitte Mai aufgerufen, keine Unterstützerunterschriften für den NPD-Wahlantritt zu leisten und indirekt die Veröffentlichung der Namen der Unterzeichner angekündigt. Lober hatte auch der CDU einen Brief „voller Drohgebärden“ (Paffen) geschickt.

Im Zuge des so geprägten Wahlkampfes war bekannt geworden, dass Haller sich derzeit in einem Privatinsolvenz-Verfahren befindet. Der Hoffnungsträger seiner Partei, der Politiker aller anderen Parteien meist „Politversager“ nannte, sorgte damit für Verwunderung. Hallers NPD-Kreisverband rühmt sich einflussreicher Spender, will über 100 Mitglieder stark sein und legt ein hohes Maß an Aktivitäten vor. Parallel zum Wahlkampf organisierte die NPD etwa nicht nur in Aldenhoven Infostände und Plakataktionen, sondern ebenso Infostände zwecks Mitgliederanwerbung in anderen Gemeinden des Kreises Düren. Für seinen Wahlkampf nutzte das Organisationstalent einen Firmenwagen und „Kameraden“ fuhren abends in Aldenhoven „Streife“, um Gegner zu stellen oder abzuschrecken, die NPD-Plakate demolierten.

Haller selbst organisierte seit einem Jahr mehrere größere Treffen in einem Dürener Lokal und auf seinem Grundstück in Inden-Pier (Kreis Düren), so auch ein Konzert mit der Liedermacherin Annett und ein „Schlageter-Treffen“ mit dem ehemaligen FAP-Kader Ralph Tegethoff sowie dem Chef der Niederländischen Volks-Union (NVU), Constant Kusters. Haller selbst arbeitet als Betriebsleiter der Firma „Frank Witt GmbH“ („Zelte Witt“) in Erftstadt, unter anderem in der Region Aachen und Köln tätig für Kirchen, Karnevalsgesellschaften, Medienunternehmen, Sportvereine und Messen. Doch als Unternehmer im „Veranstaltungsbereich“ (Haller) hatte der heute 35-Jährige einst selbst versagt und geriet so auch in die Privatinsolvenz.

Laut der Gemeinde Aldenhoven waren rund 60 Prozent der Menschen, die die 150 Unterstützerunterschriften für den Wahlantritt der NPD geleistet hatten, unter 25 Jahre alt.

Michael Klarmann

Illustrer Kandidat

Rigolf Henning ist für die NPD „ein Mann aus der Mitte des Volkes“.

Einer der NPD-Direktkandidaten zur niedersächsischen Landtagswahl am 27. Januar 2007 ist der wegen Volksverhetzung verurteilte Rechtsextremist Rigolf Hennig (Jg. 1935). Hennigs Kandidatenkür erfolgte auf einer Wahlversammlung des NPD-Kreisbereiches Verden am 16. Juli. Der knasterfahrene NPD-Kreis- und Stadtrat, Oberstarzt d.R., zählt zum politischen Umfeld des notorischen Antisemiten, Hitler-Verehrers und Ex-RAFlers Horst Mahler. Während seiner Inhaftierung wurde Hennig auf der Gefangenenliste der braunen Knasthilfeorganisation HNG geführt.

Einer Pressemitteilung der NPD zufolge haben die Verdener NPD-Mitglieder mit dem Landtagskandidaten Hennig „einen Mann aus der Mitte des Volkes gewählt. Längst geht es einem wie Dr. Rigolf Hennig nicht um Posten, Mandate oder Ämter. Ihm liegt allein die Aufgabe am Herzen, Deutschland von korrupten und verlogenen Politikern zu befreien und in seiner Heimat wieder für Gerechtigkeit und Ordnung zu sorgen.“

Hennig war einst Südtiroler „Freiheitskämpfer“, Gründungsmitglied der Republikaner und später Bundesvorstandsmitglied der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH). Sein erklärtes Feindbild sind die USA. So schrieb Hennig, Mitglied der Rugia Greifswald 2004 in den „Burschenschaftlichen Blättern“, dem Organ der Deutschen Burschenschaft (DB): Die USA sind der „gefährlichste Feind, den es zu überwinden gilt“. Hennig weiter: „Die USA haben uns nicht überfallen, zerbombt und besetzt um uns zu ‘befreien’, sondern um Deutschland nach eigenem Bekunden zu beherrschen und zu einem Vasallenstaat zu erniedrigen“. Der selbst ernannte Präsident des „Freistaates Preußen“ abschließend: „Das Kernziel aller wahren Deutschen sollte schlussendlich die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des weder staats- noch völkerrechtlich untergegangenen Deutsches Reiches sein“. Mit der jetzigen Staatsform in Deutschland verbindet Hennig nichts; denn: „Diese Republik ist längst kein Rechtsstaat mehr – sofern sie denn je einer war“, bekundete Hennig bereits 1993 im neurechten Blättchen „Europa Vorn“.

Anton Maegerle

Funktionierendes Netzwerk

Rechtsextreme Drohungen hinter Gittern.

„Good Bye Christian S.“, so endete ein Bericht auf der Internetplattform Indymedia. Was sich wie eine nette Grußformel anhört, ist hier aber eine handfeste Drohung. Denn in dem Text wurde mitgeteilt, dass der Nazigegner Christian S. in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel eine Haftstrafe wegen Landfriedensbruch absitzen muss und dort bestimmt bald Probleme bekommen wird. So heißt es unter anderem: „Zumindest den Nazis in Tegel wird er ein gefundenes Fressen sein und davon gibt es wahrlich genug von in Tegel. ... Naja vielleicht folgt ja der liebe Christian dem Thomas G. und erhängt sich selber. Dies würde ihm auf jedenfalls viel Leid und Schmerz ersparen.“ Thomas G. wurde im letzten Jahr in einer Gemeinschaftszelle in der JVA Siegburg von seinen Mithäftlingen stundenlang gequält und beging Selbstmord. Der Fall hatte bundesweit für Aufsehen gesorgt.

Freunde von Christian S. nehmen deshalb die Drohung sehr ernst. Schließlich hat das Verfahren gegen S. für öffentliches Aufsehen gesorgt und wurde auch auf rechtsextremen Webseiten kommentiert. Außerdem sind in der JVA Tegel bekannte rechtsextreme Führungsfiguren inhaftiert. Dazu zählt der „Landser“-Sänger Michael Regner, der in der rechten Szene als „Lunikoff“ bekannt ist und eine mehrjährige Haftstrafe wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verbüßt. Auch Christan Benz von der Kameradschaft Tor sitzt in Tegel ein. Schon lange sprechen Beobachter von einem funktionierenden rechten Netzwerk hinter Gittern. So berichteten Gefangene von einem regen Informations- und Materialaustausch unter den verurteilten Neonazis. Über diese Kanäle wurde auch die Verlegung von S. verbreitet.

Die Drohungen werden auch von der Gefängnisverwaltung nicht auf die leichte Schulter genommen. Eine Justizsprecherin geht aber davon aus, dass die Sicherheit von Christian S. auch im geschlossenen Vollzug gewährleistet ist. Seine Rechtsanwältin Silke Studzinsky hat allerdings einen Antrag auf Verlegung ihres Mandanten in ein anderes Gefängnis gestellt, da ihrer Meinung nach in Tegel seine Sicherheit nicht garantiert werden kann.

Peter Nowak

Hintergrund

Fremdenfeindliche Demagogen

Die ideologischen Grundlagen rechtsextremer Globalisierungs- und Kapitalismuskritik.

Aufrufe, Demonstrationen und Kampagnen von Rechtsextremisten, so im Umfeld des G8-Gipfels vom Juni dieses Jahres, veranschaulichen: Auch Angehörige dieses politischen Lagers lehnen „Globalisierung" und „Kapitalismus", „Neoliberalismus" und „Sozialraub" ab. Doch worin bestehen die ideologischen Grundlagen dieser Auffassungen und wie unterscheiden sie sich von denen der politischen Linken?

Sie ergeben sich direkt aus dem genuinen Hauptmerkmal des Rechtsextremismus: der Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit und dem Ideal einer ethnisch und politisch homogenen Gesellschaft. Dafür stehen Aussagen in einem Aufruf unterschiedlicher Rechtsextremisten mit dem Titel „Zukunft statt Globalisierung": „Gegen diese kapitalistische Entwürdigung des Menschen kämpft der Nationalismus mit seiner sozialen Ordnungsidee der Volksgemeinschaft. Sie soll dem Menschen die vom Kapitalismus zerstörten wurzelhaften Bindungen an Familie, Volk und Heimat zurückgeben" (Aufruf von 2006). Der schon im Nationalsozialismus populäre Begriff der „Volksgemeinschaft" richtet sich gegen die angeblich liberale Auffassung von einer künstlichen Gesellschaft einzelner Individuen und propagiert die ethnische und politische Homogenität der Gemeinschaft aller Deutschen.

Diese schließt Ausländer aus, womit sich auch erklärt, warum die rechtsextreme Agitation zur Sozial- und Wirtschaftspolitik mit Fremdenfeindlichkeit einher geht. So heißt es in dem NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme" (Nr. 11/2005): „Vor dem Hintergrund der neoliberalistischen Sozialstaatsdemontage stellt sich immer brennender die Frage: 'wir (Deutschen) oder die (Ausländer bzw. das Ausland)'!". Von Menschen mit Migrationshintergrund spricht man nur als „ausländischen Arbeitsplatzdieben und Sozialschnorrern", welche „konsequent von jeder Teilhabe am deutschen Sozialstaat auszuschließen sind". Dass diese mitunter einen durch vorherige Einzahlungen in die Sozialkassen entstandenen Rechtsanspruch hätten, spielt offenbar für die Partei keine Rolle. Allgemein strebt man die „Rückführung der Ausländer in ihre Heimatländer" an, schaffe dies doch Arbeitsplätze und entlaste das Sozialsystem. Letztendlich münden die Positionen der NPD also in der „Ausländer raus"-Forderung.

In der Agitation der Partei gegen die „Globalisierung" artikuliert sich auch Antisemitismus. So heißt es in der Broschüre „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger" des NPD-Parteivorstands (S. 19): „Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA". Die Bezeichnung „Ostküste" wird im rechtsextremen Diskurs gern als Synonym für das angeblich von Juden beherrschte US-Bankensystem genutzt, um nicht direkt als antisemitisch aufzufallen. Mit den zitierten Formulierungen greift die NPD das bis ins Mittelalter zurückgehende Vorurteil auf, wonach Juden die geheimnisvollen Mächte hinter dem Finanzkapital seien.

Wie steht es darüber hinaus um Gemeinsamkeiten mit und Unterschiede zur linken Kapitalismuskritik? Zu ersteren gehört die Ablehnung von „Globalisierung" und „Neoliberalismus", „Hartz IV" und „Sozialabbau". Demonstriert wird zu ähnlichen Anlässen, so beispielsweise die rechtsextreme Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni. Gleichwohl bestehen unterschiedliche inhaltliche Begründungen. Die politische Linke lehnt die vorgenannten ideologischen Primärmerkmale der rechtsextremen Kritik, also Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus, eindeutig ab.

Auch hinsichtlich der Einstellung zur „Globalisierung" bestehen grundlegende Differenzen, die durch die schiefe inhaltliche Dimension dieses Begriffes mitunter nicht erkannt werden. Er meint eigentlich die Ausweitung unterschiedlicher Handlungszusammenhänge über die Grenzen einzelner Nationalstaaten hinaus. Gegen diese bezieht die politische Linke keine grundlegend ablehnende Position, geht es ihr doch primär um die Folgen im sozialen Bereich vor allem für die Entwicklungsländer. Insofern lehnt man nicht die Globalisierung an sich ab, sondern will nur eine andere Globalisierung. Rechtsextremisten sehen sich demge-

genüber als die eigentlichen Globalisierungsgegner. Die Linke betreibe, so schrieb die „National-Zeitung“ (Nr. 34/2001, S. 1), selbst „ganz massiv diese Globalisierung beispielsweise durch Förderung einer undifferenzierten freien Masseneinwanderung aus allen Herren Länder“.

Auch bei der Reichweite und Zielsetzung der Kapitalismuskritik bestehen grundlegende Differenzen, zumindest hinsichtlich einer mehr marxistisch motivierten Position innerhalb der politischen Linken. Bei aller Beschwörung eines „nationalen Antikapitalismus“ fordert man keineswegs die Abschaffung des Kapitalismus und die Vergesellschaftung des Kapitals. In einem „Aktionsprogramm“ (o. J., S. 20) bekennt sich die NPD „zu einem freien und sozialverpflichteten Unternehmertum“. Zwar besteht also eine Gemeinsamkeit mit den Anhängern des Sozialstaatsmodells auf marktwirtschaftlicher Grundlage, allerdings mit dem Unterschied hinsichtlich der fremdenfeindlichen und nationalistischen Ausrichtung.

Armin Pfahl-Traughber

Grauzone

„Wahre Hintergründe“

Secret TV – ein neues Internet-Angebot für die Freunde brauner Esoterik.

Seit Anfang 2007 ist das Filmportal Secret TV online, „Deutschlands erster Fernsehsender für Grenzwissenschaften, Spirituelles und Hintergrundpolitik“. Gründer ist Jan Udo Holey alias Jan van Helsing (geb. 1967). Der Autor, der in seinen Büchern Esoterik mit Verschwörungsmythen verzahnt, wurde in den 90er Jahren wegen Volksverhetzung verurteilt. In seinen zweibändigen „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert“ verbreitete Holey die Mär von der jüdischen Weltverschwörung. Sie wurden verboten.

Das Secret TV-Impressum nennt zwar Johann G. Holey als Geschäftsführer, doch es steht zu vermuten, dass Jan Udo Holey die Fäden zieht. Der Autor, der auch den Amadeus-Verlag in Fichtenau leitet, behauptet in einem Einführungsvideo: „Tatsächlich ist es doch so, dass wir zwar in einem Land mit angeblicher Meinungsfreiheit leben, doch gewisse Themen nicht ernst genommen oder ganz bewusst ausgegrenzt werden, ebenso wie die Personen, die solche Themen vortragen.“ Diesem angeblichen Missstand will man nun mit dem Filmportal abhelfen. Es geht um Ufos, Verschwörungen, Gesundheit, Technologie, ungelöste Mysterien sowie Spiritualität.

Der Nutzer erfährt die „wahren Hintergründe“ des 11. September 2001 oder kann sich einen Beitrag über „Einweihungsriten in der Freimaurerei“ ansehen. Es gibt wöchentliche „Nachrichtensendungen“, die seriös daherkommen, aber Information und Kommentar vermengen. Auch Talkshows kann sich der geneigte Betrachter zu Gemüte führen. Darin kommen laut Holey Menschen zu Wort, „die Brisantes, Ungewöhnliches oder gar Unerwünschtes zu sagen haben“. Folgerichtig parliert Jo Conrad, Autor von rechtslastigen Verschwörungsbüchern, mit Michael Vogt, der einen Film über den „Friedensflieger“ Rudolf Heß produzierte und darin NS-Geschichtslegenden verbreitete. Vogt ist Mitglied bei der rechten Münchner Burschenschaft Danubia, Verbindungen werden ihm zum „Bund Junges Ostpreußen“ nachgesagt.

Ein weiterer Interviewpartner ist Andreas von Rétyi, der über „Macht und Geheimnis der Illuminaten“ publizierte. Darüber hinaus bekommt in der Talkshow der Buchautor Stephan Berndt ein Forum, der als „der bekannteste unter den Prophezeiungs-Spezialisten“ vorgestellt wird – insbesondere zum Thema „Dritter Weltkrieg“. Obendrein interviewt Jo Conrad den „Finanzexperten“ Günter Hannich, der seine Thesen gerne in Kreisen rechtsextrem-esoterischer Verschwörungstheoretiker unter die Leute bringt. Auch Trutz Hardo (Tom Hockemeyer), der den Holocaust karmisch rechtfertigte, taucht bei Secret TV auf. Der Esoterik-Autor wurde wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Beleidigung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilt.

Ins Bild passt, dass auch der „Germanischen Neuen Medizin“ des antisemitischen „Krebsheilers“ Ryke Geerd Hamer ein Forum geboten wird. Einer seiner treuesten Gefolgsleute, Helmut Pilhar, kommt zu Wort. Weitere Gesprächspartner sind Johannes von Buttlar und Erich von Däniken. Allerlei Obskuritäten runden das Bild ab: So ist eine Autorin zu sehen, die angeblich mit Toten sprechen kann. Wer das Angebot von Secret TV komplett nutzen möchte, muss tief in die Tasche greifen. Das Jahresabonnement kostet rund 100 Euro.

Magnus Bosch

Caberta gegen Cruise

Der Hamburger Innensenator Udo Nagel fordert Verbot von Scientology – Anlass war die Vorstellung des „Schwarzbuchs Scientology" von Expertin Ursula Caberta.

Ein Psycho-Konzern schmiedet – ungewollt – seltene Koalitionen. So saßen die ehemalige SPD-Linke und WASGlerin Ursula Caberta und der kompromisslos-konservative Hamburger Innensenator Udo Nagel (parteilos) kürzlich Schulter an Schulter auf dem Podium. Ihr gemeinsamer Gegner: die Scientology-Organisation (SO). Caberta, die seit 1992 über die autoritäre Sekte aufklärt, stellte ihr „Schwarzbuch Scientology" (Gütersloher Verlagshaus, 17,95 Euro) vor.

Ursula Caberta ist eine impulsive Frau. Als die Journalistin des Boulevardblatts „Hamburger Morgenpost" im rappelvollen Saal 151 des Hamburger Rathauses fragt, ob die 750 vom Verfassungsschutz geschätzten Scientologen – bundesweit sind es knapp 6000 – wirklich eine Gefahr für die Hansestadt darstellten, redet sich die Autorin in Rage: „Ich kenne keine extremistische Organisation, bei der die Gefährlichkeit an der Mitgliederzahl festgemacht wird – außer Scientology." Seit der „Operierende Thetan" Tom Cruise als Darsteller des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg verpflichtet wurde und der Fall der beiden vor der Einweisung in ein Scientology-Internat geflohenen Kinder der Berliner Scientology-Direktorin durch die Medien geistert, kann sich Caberta vor Anfragen kaum retten. Immer wieder muss sie erklären, dass die Aktivitäten der Scientologen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, Mitglieder einer Art Gehirnwäsche unterzogen, finanziell ausgebeutet und Kritiker mit härtesten Bandagen bekämpft werden.

Mit Genuss verweist Caberta auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln: „Das besagt, dass die SO Gegnern in ihrer Lehre und mit ihrem Handeln die Menschenwürde abspricht." Erst im Juli hatte sie mal wieder ein juristisches Scharmützel gegen ihren Lieblingsfeind gewonnen. Laut OVG Hamburg darf Caberta weiter verbreiten, dass die Behauptung, Kinder hätten in der SO ein ganz normales Leben, als widerlegt angesehen werden kann.

Die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie durch die SO nahm der Hamburger Innensenator zum Anlass, seine Forderung nach einem Verbot von Scientology zu erneuern. Begründung: „Die angestrebte Abschaffung der Meinungsfreiheit, die Außerkraftsetzung der Menschenrechte und das Lehre gewordene wahnhafte Gedankenkonstrukt eines amerikanischen Science-Fiction-Autors." Damit meint Nagel den 1986 verstorbenen SO-Gründer L. Ron Hubbard.

Auch die Hamburger SPD will „alle rechtlichen Möglichkeiten" gegen Scientology konsequent ausschöpfen, wie der SPD-Innenexperte Andreas Dressel formuliert. Die Frage nach einem Verbot ließ er aber unbeantwortet. Till Steffen von den Hamburger Grünen sprach sich deutlich gegen ein Verbot aus. Begründung: „Angesichts des gegenwärtigen Standes" sei fraglich, „ob es tatsächlich gerichtsverwertbare Beweise für eine nach außen gerichtete Gefährlichkeit der Organisation gibt. Wenn nun mit großem Bohei um ein Verbot von Scientology diskutiert" werde, so Steffen, und dann die Innenminister kleinlaut einräumen müssten, dass die Beweislage nicht ausreicht, werde Scientology dies als Beleg für seine Ungefährlichkeit sehen. Derweil äußerten sich führende Bundespolitiker von CDU, SPD und Grünen sich in ähnliche Weise. Aus dem bayerischen Innenministerium heißt es, die Verfassungsfeindlichkeit von Scientology reiche für ein Verbot nicht aus. Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses Sebastian Edathy (SPD) sieht „gegenwärtig keine realistischen Chancen, ein Verbot gegen die Organisation zu erwirken".

Die Kirche meldete sich ebenfalls zu Wort: Andreas Fincke von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen ist für „mehr Augenmaß". Scientology vertrete zwar eine „böse und aggressive sozialdarwinistische Ideologie". Aber selbst wenn die Scientologen es wollten, werde die Organisation nicht morgen die Macht in Deutschland übernehmen können. Ursula Caberta hält solche Positionen für naiv: „Man darf nicht vergessen, dass die Organisation normal denkende Menschen zu Rädchen in einem totalitären System machen." Um das aufzuzeigen, habe sie das Schwarzbuch verfasst: „Darin erzähle ich viele traurige Schicksale."

Volker Stahl

Seitenblick

Blick hinter die Kulissen

Der kürzlich verstorbene Raul Hilberg gilt als „Vater der Holocaust-Forschung“.

Am Anfang gab es Rückblicke und siegreiche Schlachten zwischen Buchdeckeln. Ernst von Salomon schrieb mit seiner Polemik gegen die westlichen Besatzungsmächte „Der Fragebogen“ einen Bestseller. Was dann folgte, waren Erinnerungen deutscher Generale an ihre Erlebnisse während des Zweiten Weltkrieges. Erich von Mansteins „Verlorene Siege“ stand am Anfang, es folgten Dutzende anderer prominenter Nazis: Franz von Papens „Der Wahrheit eine Gasse“, Albert Speers „Erinnerungen“ und viele mehr erzählten, wie es aus ihrer Sicht war. Morde und andere Verbrechen suchte man in diesen verklärenden Rückblicken vergeblich. Die fand man erst in den 60er Jahren, als sich nach und nach Überlebende zu Wort meldeten. Nun erfuhr man von Einzelschicksalen.

Das System des Völkermordes konnten diese Biographien nicht erklären. Auch deutsche Historiker scheiterten damals weitgehend. Es musste wohl ein Ausländer kommen, der wissen wollte, wie „das“ funktioniert hat: Millionen Menschen reibungslos zu ermorden. Es war der amerikanische Historiker Raul Hilberg, der als erster streng wissenschaftlich herausfinden wollte, wie „das“ möglich gewesen war. Voraussetzung für diese Forschung war die Kenntnis des preußischen Berufsbeamtentums – diese „historisch einzigartig hoch gezüchtete Gestalt einer ethisch neutralisierten Zweckrationalität“, wie Gustav Seibt diese Kaste zutreffend beschreibt. Das hatte ihm sein akademischer Lehrer Hans Rosenberg in den 50er Jahren in den USA erklärt.

Damit verfügte Hilberg über die Vorkenntnisse zur Erforschung des Holocaust. Er kümmerte sich um ganze Heerscharen von Bürokraten in den Führungsstäben von Standesämtern, Polizei, Reichsbahn, SS und Gestapo – kleine Räder oft in einem gewaltigen Verwaltungsapparat. Hier waren ihm die Erinnerungen der alten Nazis aus der Nachkriegszeit nützlich. Hinzu kamen die gesamten Akten des ersten Nürnberger Prozesses 1945/46. Aus einem gewaltigen Mosaik entstand nach und nach ein ziemlich klares Bild von dem, was nötig war, um am Ende Millionen Menschen in Gaskammern qualvoll enden zu lassen.

„The Destruction of the European Jews“ war Hilbergs erste Veröffentlichung, erschienen 1961, 790 Seiten Umfang, nüchtern, fast ohne Emphatie. Kritiker, wenn sie sich überhaupt der Mühe unterzogen, das Buch zu lesen, bemängelten, weder Opfer noch Täter hätten ein Gesicht, eine Physiognomie. Aber genau das war das Entscheidende, das Neue, das Hilbergs Dokumentation ausmachte. Er führte seine Leser hinter die Kulissen, zeigte, wie alles zusammenhing, wie ein Rädchen ins andere greifen musste, wenn das ganze System funktionieren sollte.

Um das an einem Beispiel deutlich zu machen: Als im Herbst 1945 der erste Nürnberger Prozess begann, wollte der stellvertretende US-Ankläger Robert M. W. Kempner auch den ehemaligen Reichsverkehrsminister Julius Dorpmüller auf der Anklagebank sehen. Der sei verschwunden und derzeit nicht auffindbar, teilte das Gericht mit. Tatsächlich lebte er als freier Mann und unbehelligt von den Siegermächten in Paris. Warum er unbedingt diesen Funktionär anklagen wolle? „Ja, um Gottes Willen“, antwortete Kempner leidenschaftlich, „die Leute müssen doch irgendwie nach Auschwitz gebracht worden sein!“ Das war ein Punkt, den Hilberg klären wollte. Andere kamen hinzu. Die Standesämter, die Reichspost und andere auf den ersten Blick unschuldige Behörden, die aber alle mitgemacht haben.

Reaktionen auf Hilbergs über „Die Vernichtung der Europäischen Juden“ blieben weitgehend aus – in den USA wie in Europa. Ein kleiner deutscher Verlag, der das umfangreiche Buch übersetzen ließ, ist daran Pleite gegangen. Erst 20 Jahre später wurde ein potenter deutscher Verlag auf Hilbergs historisches Verdienst aufmerksam: Der Frankfurter Fischer Verlag mit seinem Lektor Walther Pehle. Der nahm Hilberg in die berühmte „Schwarze Reihe“ des Verlags auf und verhalf dem Autor zum Durchbruch. Von nun an wurde Hilberg zu Vorträgen und Diskussionen eingeladen, erhielt Preise und wurde bekannt. Den Höhepunkt seiner Karriere konnte der „Vater der Holocaust-Forschung“ noch etliche Jahre erleben. Am 3. August 2007 ist der aus Wien stammende jüdische Historiker in den USA gestorben. Er ist 81 Jahre alt geworden.

Heiner Lichtenstein

Antisemitismus

Chronik des Hasses

Der „blick nach rechts“ dokumentiert antisemitische Vorfälle im ersten Halbjahr 2007.

Januar: In der Sylvesternacht werden fünf Gräber des Jüdischen Friedhofs in Obernkirchen (bei Nienburg) in Niedersachsen geschändet. (AP v. 2.1.2007). Auf dem Gelände des Jüdischen Friedhofs in Brandenburg/Havel werden am 4. Januar an zwei Mauerfronten antisemitische Parolen gesprüht, an insgesamt acht Standorten in Brandenburg NS-Schmierereien, darunter weitere antisemitische Sudeleien, entdeckt. (ddp, AP v. 4.1.07) Ein Streifenwagen stellt am Abend des 21. Januar die erneute Schändung des Mahnmals am Standort der ehemaligen Synagoge in Berlin-Spandau fest. Zuletzt wurde das Mahnmal Ende Dezember 2006 mit einem großen Hakenkreuz verunstaltet. („Berliner Zeitung“ v. 23.1.07) Rechtsextreme Jugendliche skandieren am 25. Januar in Frankfurt/Oder antisemitische Parolen und „Sieg Heil“-Rufe. Vor einem Wohnheim für Auszubildende werfen sie Feuerwerkskörper. (ddp, „Märkische Allgemeine“ v. 26.1.07) Einen Tag vor dem Holocaust-Gedenktag am 27. Januar ist in Verden in Niedersachsen ein Mahnmal zur Erinnerung an die Vernichtung der Juden vollständig ausgebrannt. Die Polizei vermutet, dass der restaurierte Reichsbahnwaggon vorsätzlich in Brand gesteckt wurde. In solchen Waggons waren während der NS-Diktatur Juden in Konzentrationslager gebracht worden. (www.tagesschau.de) Am 27. wird entdeckt, dass Unbekannte in Stralsund mehrere Stolpersteine, die an die in der Reichspogromnacht von den Nazis vertriebene jüdische Familie Keibel-Cohn erinnern, mit Beton zugeschüttet haben. (dpa, „Lübecker Nachrichten“ v. 28.1.07) Bei der Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar in Mittweida in Sachsen rückten auch etwa 30, zum Teil stadtbekannte Neonazis, grinsend und mit Bierflaschen in der Hand an. („Freie Presse“ v. 30.1.07)

Februar: Am 1. Februar werden an einer Schule in Schlangen (NRW) antisemitische Farbschmierereien festgestellt. (Pressemitteilung der Polizei Lippe vom 23.2.07) In Görlitz besudeln Unbekannte ein Mahnmal für die Opfer des Faschismus sowie mehrere Gebäude mit antisemitischen Sprüchen beziehungsweise Hakenkreuzen. (ddp v. 12.2.07) Beim Fußballspiel des 1. FC Lokomotive Leipzig gegen die zweite Mannschaft von Erzgebirge Aue am 10. Februar in Leipzig skandieren Lok-Fans „Juden Aue!“. (TAZ v. 13.2.07) Zwischen dem 9. und 13. Februar wird in Nordhausen/Thüringen das Wohnhaus des örtlichen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde mit NS-Symbolen beschmiert. Gesprüht werden auch der Spruch „Juden raus“ sowie SS-Runen. (MDR 1 Radio Thüringen v. 15.2.07) Die Polizei in Neustrelitz nimmt in der Nacht zum 20. Februar vier Neonazis fest. Die 17 und 18 Jahre alten Jugendlichen waren erwischt worden, als sie Polizeiangaben zufolge ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus mit Gegenständen bewarfen und ein dort abgelegtes Blumengesteck zerstörten. Im Umkreis des Denkmals werden Aufkleber der „Mecklenburgischen Aktionsfront“ entdeckt. (ddp v. 20.2.07) Unbekannte Täter beschmieren auf dem Jüdischen Friedhof in Bad Neustadt an der Saale in Bayern zwölf Grabstellen mit rechtsextremen Symbolen. (ddp v. 22.2.07) Am 22. Februar wird entdeckt, dass Grabsteine des Jüdischen Friedhofs in Schlangen (bei Lippe) mit Hakenkreuzen besudelt wurden. (Pressemitteilung der Polizei vom 23.2.07) Die Magdeburger Polizei nimmt in der Nacht zum 22. Februar fünf Männer im Alter von 21 bis 24 Jahren fest, die in einer Straßenbahn antisemitische Sprüche von sich gegeben haben sollen. (ddp v. 22.2.07) Auf eine jüdische Kindertagesstätte in Berlin-Charlottenburg wird am 25. Februar ein Brandanschlag verübt. (ddp, AP v. 25.2.07)

März: In Berlin werden am 1. März eine Mauer an einem Jüdischen Friedhof sowie ein jüdisches Mahnmal beschmiert. (ddp v. 2.3.07) Offenbar am Abend des 2. März haben Unbekannte in Stolberg einen Gedenkstein für die jüdischen Opfer des NS-Regimes mit einem Hakenkreuz geschändet. Anfang März wird entdeckt, dass Unbekannte etwa 60 teilweise Jahrhunderte alte Grabsteine auf dem historischen Jüdischen Friedhof bei Diespeck in Bayern umgeworfen haben. Die Hälfte der Grabsteine ist irreparabel zerstört. (AP v. 4.3.07) Am 5. März teilt die Polizei mit, dass ein Gedenkstein für einen früheren Jüdischen Friedhof in Cottbus geschändet worden ist. Erst im November 2006 war der Gedenkstein mit einem Hakenkreuz beschmiert worden. (dpa, „Hamburger Abendblatt“

v. 5.3.07). Der Zentralrat der Juden hat empört auf Aussagen deutscher katholischer Bischöfe zum Nahostkonflikt reagiert. Der Vizepräsident des Zentralrats, Dieter Graumann, sprach nach Angaben des „Kölner Stadt-Anzeigers“ vom 6. März von Äußerungen mit „antisemitischem Charakter“. Graumann kritisierte, dass der Eichstätter Bischof Gregor Maria Hanke die Zustände in den palästinensischen Städten mit dem Warschauer Ghetto verglichen habe. Der Augsburger Bischof Walter Mixa hatte zudem von israelischem Rassismus im Umgang mit den Palästinensern gesprochen. (AP v. 6.3.07, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ vom 11.3.07) Wegen der Verbrennung des Tagebuchs der Anne Frank in Pretzien in Sachsen-Anhalt sind am 8. März in Magdeburg fünf 24 bis 29-jährige Angeklagte zu jeweils neunmonatigen Bewährungsstrafen verurteilt worden. Zudem müssen die Neonazis nach dem Urteil des Amtsgerichtes Schönebeck wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener Geldstrafen zahlen. Am 12. März wird der mehrfach vorbestrafte Neonazi Marcus Winter vom Schöffengericht Stadthagen wegen Volksverhetzung zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten Haft verurteilt. Das Gericht sah Winter als Verantwortlichen der Internetseite der „Nationalen Offensive Schaumburg“ (NOS) an, auf der am 28. Januar 2007 Überlebende des Holocaust in NS-Diktion als „Volksschädlinge“ verunglimpft und deren Nachkommen als „Mischpoke“ bezeichnet wurden. (www.hiergeblieben.de) Unbekannte haben am 25. März Häuserwände in Berlin-Lichtenberg mit NS-Symbolen und antisemitischen Symbolen besprüht. (dpa, „Hamburger Abendblatt“ v. 26.3.07) Am 29. März wird bekannt, dass an mindestens drei Haushalte der Gemeinde Pretzien Briefe mit antisemitischem Inhalt und abgedruckten Hakenkreuzen verschickt wurden. (ddp v. 29.3.07) Ende März macht BILD einen antisemitischen Vorfall an der Universität der Bundeswehr in München öffentlich, der sich im Oktober 2005 ereignet hat. Damals sei die Stubentür eines Offiziersschülers mit den Worten „Jude“ und „Sau“ beschmiert worden.

April: Der Rechtsextremist Karl-Wilhelm Schneider wurde am 5. April vom Amtsgericht St. Goar wegen Volksverhetzung zu einer 19-monatigen Gefängnisstrafe ohne Bewährung verurteilt. Schneider hatte mehrfach den Holocaust geleugnet. (http://globalfire.tv/nj/07de/verfolgungen/schneider) Das Bündnis gegen Antisemitismus in Leipzig und das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) erhalten einen wüsten antisemitischen Brief aus München. Darin hetzen die unbekannten Postversender unter anderem: „Unbarmherziger Widerstand gegen den Weltvergifter der Völker: das internationale Judentum!“ (Mailingliste „Israel-Solidarität“ v. 15.4.07) Bei einem Brandanschlag auf das Felix-Nussbaum-Museum in Osnabrück ist am 9. April ein Sachschaden von mehreren tausend Euro entstanden. Das Museum ist dem Werk des 1904 in Osnabrück geborenen, 1944 in Auschwitz ermordeten jüdischen Malers Felix Nussbaum, gewidmet. („Jüdische Allgemeine“ vom 19.4.07) Am 14. April wird die Autorin Kuni Tremel-Eggert anlässlich ihres 50. Todestages von ihrer oberfränkischen Heimatstadt Burgkunstadt mit einer Gedenkfeier geehrt. Tremel-Eggert hatte beim Eher-Verlag, dem Zentralverlag der NSDAP, 1939 einen antisemitischen Roman unter dem Titel „Freund Sansibar“ veröffentlicht. Darin heißt es, der Jude sei „eine Euterbeule im Volkskörper“. An anderer Stelle wird ein Jude als „Blutsauger“ bezeichnet. (ddp v. 15.4.07) Zu einer Veranstaltung in der „Buber-Rosenzweig-Stiftung“ in Bad Nauheim am 19. April finden sich fünf Personen ein, die eine NPD-Fahne sowie ein Plakat mit der Aufschrift „Stoppt Israels Töten von Frauen/Kindern im Libanon“ mitführen. Die Polizei spricht einen Platzverweis aus. (Pressemitteilung der Polizei Friedberg v. 20.4.07) In Dessau, Sachsen-Anhalt, wird das Mahnmal für Opfer der NS-Verbrechen geschändet. (ddp v. 21.4.07) Unbekannte haben in Berlin-Tiergarten zwei jüdische Mahnmale mit Hakenkreuzen besudelt. Die antisemitischen Schmierereien werden am 22. April entdeckt. (AP v. 22.4.07)

Mai: Zwölf schwarz gekleidete Neonazis stören am 3. Mai am Münchner Odeonsplatz die Veranstaltung „I Like Israel – Israeltag“ durch Parolen wie „Juden raus aus Palästina“. Sie zeigen den „Hitlergruß“ und entrollen eine iranische Flagge. (tz-online, ddp, „Süddeutsche“ v. 4.5.07) Beim Israel-Tag in Berlin fällt ein 22-jähriger Rechtsextremist wegen antisemitischer Äußerungen auf. (ddp/e110 v. 7.5.07) Am 3. Mai wird eine Gedenkstele, die an den Todesmarsch von KZ-Häftlingen 1945 sowie an das Schicksal jüdischer Frauen erinnert, mit Hakenkreuzen beschmiert. (Spiegel online v. 4.5.07) Ein jüdisches Mahnmal

in Berlin-Moabit wird in der Nacht zum 9. Mai mit einem Hakenkreuz besudelt. (TAZ v. 10.5.07) In Kassel beleidigen Jugendliche am 12. Mai einen Rabbi der Jüdischen Gemeinde mitsamt seiner Familie bei einem Spaziergang mit antisemitischen und rassistischen Äußerungen. (Pressemitteilung der Polizei Kassel v. 13.5.07) Die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalttaten in Dessau gibt am 14. Mai bekannt, dass unter anderem die Gedenkstele, die an die Deportation der Dessauer Juden und die Zerstörung der Synagoge erinnert, mit aufgesprühten Hakenkreuzen und SS-Runen geschändet wurde. (AP vom 14.5.07) In einer Berliner S-Bahn werden ein 16-Jähriger, der die jüdische Kopfbedeckung Kippa trägt, und ein 15-Jähriger von mehreren Jugendlichen antisemitisch beleidigt und geschlagen. (Pressemitteilung der Polizei vom 21.5.07) Mitte Mai wird entdeckt, dass eine Gedenktafel an der Mauer des ehemaligen Schlachthofs an der Ratherstraße in Düsseldorf, die an die Deportation jüdischer Mitbürger erinnert, verschwunden ist. (PresseAnzeiger v. 21.5.07) Am 17. Mai werden bei einem Juniorenfußballspiel der C-Jugend im sächsischen Wurzen die Gäste aus Chemnitz sowie das Schiedsrichtergespann von einer Gruppe von knapp 30 Jugendlichen mit antisemitischen Parolen bedacht. Auch das so genannte U-Bahn-Lied „Wir bauen eine U-Bahn von Chemnitz bis nach Auschwitz“ wird geschmettert. (Spiegel online v. 31.5.2007) Am 21. Mai wird Niels Fortmann (NPD) wegen Volksverhetzung zu einer sechsmonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Fortmann hatte auf der zwischenzeitlich abgeschalteten Nienburger NPD-Internetseite antisemitische Hetze veröffentlicht. (Indymedia v. 21. Mai 2007) Ende Mai werden in Boizenburg (Landkreis Ludwigslust) Hinweisschilder und Werbetafeln mit SS-Runen und Hakenkreuzen beschmiert. Auch ein Gedenkstein für KZ-Opfer wird besudelt. (ddp/e110 v. 27.5.07)

Juni: Drei polizeibekannte 17- und 18-Jährige haben am 7. Juni den Jüdischen Friedhof im Schlüsselfelder Ortsteil Aschbach (Landkreis Bamberg) geschändet. Insgesamt wurden 49 Grabsteine umgeworfen, einige davon zerstört, das Eiserne Tor zum Friedhof gewaltsam aufgebrochen. („Süddeutsche Zeitung“ v. 9./10.6.07, Pressemitteilung der Polizei Bamberg v. 15.6.07) Unbekannte haben am zweiten Juniwochenende Hakenkreuze und antisemitische Parolen mit schwarzer Farbe an verschiedene Gebäuden in Brandenburg an der Havel geschmiert. (dpa, „Hamburger Abendblatt“ v. 10.6.07) In der Nacht zum 12. werden Fensterscheiben des durch den Streit um Anti-Nazi-Symbole bekannt gewordenen Unternehmens „Nix Gut“ im schwäbischen Winnenden mit einem Hakenkreuz, dem Schimpfwort „Rote Sau“, dem Begriff „raus“ und einem Judenstern beschmiert. (ddp v. 12.6.07) Unbekannte werfen in der Nacht zum 16. einen Stein in das Schaufenster der Geschäftsstelle der Grünen in Hamburg-Harburg und beschmieren die Eingangstür mit antisemitischen Parolen. (ddp v. 18.6.07) Am Rande einer Demonstration von „Pro Köln“ gegen den Bau einer Großmoschee am 16. Juni in Köln-Ehrenfeld rufen Neonazis „Juden raus“. („Express“ v. 16.6.07) Vor einer jüdischen Einrichtung in Berlin-Schöneberg äußert sich am 22. Juni ein Mann lautstark judenfeindlich und beschimpft ebenso eine Frau, die aus dem Gebäude kommt. Ein 24-jähriger Mann, der der Frau zu Hilfe eilt, wird von dem Täter mit dem Auto umgefahren. (Tagesspiegel online v. 24.6.07) Einen Tag vor der Einweihung der neugebauten Synagoge in Bad Segeberg haben Rechtsextremisten am 23. Juni Flugblätter im Stadtgebiet verteilt. Darin heißt es u.a.: „Finger weg von unseren Steuergeldern.“ Die Synagoge wurde mit öffentlichen Mitteln teilfinanziert. (http://www.npd-segeberg.de/aktuell/07/0625.htm) In der Nacht zum 27. wird der Gedenkstein des ehemaligen Jüdischen Friedhofes in Cottbus erneut geschändet. Seit 2005 war der Gedenkstein Polizeiangaben zufolge bereits sieben Mal Ziel von rechtsextremen Angriffen. In Cottbus werden auch zwei „Stolpersteine“ zum Gedenken an deportierte Juden mit roter Farbe beschmiert. („Märkische Allgemeine“ v. 28.6.07) Am 29. Juni berichtet das „Garmisch-Partenkirchner Tagblatt“, dass ein 23-jähriger Soldat des in Mittenwald stationierten Gebirgsjägerbataillons 233 unehrenhaft aus dem Dienst entlassen wurde, weil er Juden verunglimpft hat. Der Hauptgefreite wurde vom Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen zu einer Geldstrafe in Höhe von 4800 Euro verurteilt, weil er bei einer Schießübung einen Schuss mit den Worten „Drecksjudd“ und „Stirb, du Jud“ begleitet hatte. Acht junge Männer ziehen am 30. Juni über das Gelände des Evangelischen Jugendcamps in Storkow. Sie rufen antisemitische Parolen und drohen einem Aussteiger aus der rechten Szene. (ddp v. 25.6.2007)

Zusammenstellung: Anton Maegerle

Meldungen

Prozess gegen Stolz

Mannheim – Am 15. November soll vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Mannheim das Hauptverfahren gegen die Neonazi-Rechtsanwältin Sylvia Stolz beginnen. Angesetzt sind einer Pressemitteilung des Landgerichts zufolge zunächst 20 Verhandlungstage. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen die frühere Verteidigerin des Holocaust-Leugners Ernst Zündel unter anderem Anklage wegen Volksverhetzung, Nötigung, versuchter Strafvereitelung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erhoben. Sie habe während des Zündel-Prozesses wiederholt den Massenmord an den Juden bestritten, zum Hass gegen die jüdische Bevölkerung aufgerufen und einen Anwaltsschriftsatz mit dem Zusatz „Heil Hitler“ beendet. Durch ständiges Dazwischenreden und andere Provokationen des Gerichts habe sie zudem die Durchführung der Verhandlung gegen Zündel massiv gestört. Das Landgericht hatte sie schließlich als Verteidigerin aus dem Prozess ausgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft strebt auch die Verhängung eines Berufsverbots an. (ts)

Auftakt für Niedersachsen

Hannover – Am 15. September findet die Wahlkampfauftaktkundgebung der NPD in Niedersachsen in der Eilenriedhalle im Congress-Centrum in Hannover statt. Als Redner sind der neben anderen der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der Bundesvize Holger Apfel, der niedersächsische Landesvize und NPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl Andreas Molau sowie die so genannten freien Nationalisten Christian Worch und Dieter Riefling angekündigt. Das musikalische Rahmenprogramm gestalten die braunen Barden Jörg Hähnel sowie Annett und Michael Müller. Wer der NPD-Veranstaltung beiwohnen will, muss dafür zwei Euro Eintritt berappen. Geworben wird für die Kundgebung unter anderem von dem Hamburger Christian Worch. (am)

Braune Nothilfe

Gernsheim – Nachdem sich Anfang des Jahres die Neonazi-Sanitätertruppe „Braunes Kreuz“ nach einem Rechtsstreit mit dem DRK aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hatte, wird jetzt offenbar an einen Neuaufbau gedacht. Auf den Namen und das Symbol eines braunen Kreuzes werde man künftig verzichten müssen, hatte es damals geheißen. Tatsächlich verbreitet der Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) nun einen Aufruf für ein Projekt „Erst-Helfer“. An den Aufgaben hat sich nichts geändert: „Wir sind eine Gruppe von Kameradinnen und Kameraden, die es sich zur Aufgabe gemacht haben da zu helfen wo Hilfe dringend erforderlich ist, egal ob bei Demonstrationen, Konzerten oder anderen Veranstaltungen. Wir möchten vor Ort sein, um Notsituationen zu überbrücken und Erste Hilfe zu leisten.“ Unterzeichnet ist der Aufruf von einer Nicole Becker und dem KDS-Aktivisten Florian Ranzinger aus Gernsheim/Hessen. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de